



ARBEITSKREIS
**URHEBER
RECHT**

Aus der jüngeren Rechtsprechung im Urheberrecht

Univ.-Prof. Ing. Dr. Clemens Appl, LL.M. (UWK)

Univ.-Prof. MMag. Dr. Philipp Homar (WU Wien)

1



ARBEITSKREIS
**URHEBER
RECHT**

Schutzvoraussetzungen

1. EuGH vBRS C-580/23 u C-795/23 - *Mio/Asplund und USM/konektra*
2. AG München 142 C 9786/25 – *KI Logos*
3. BGH I ZR 157/21 – *Action Replay II*
(EuGH C-159/23 – *Sony v Datel*)
4. BGH I ZR 131/23 – *Werbeblocker IV*

EuGH vbRS C-580/23 u C-795/23 Mio/Asplund und USM/konektra

- MIO/Asplund

<https://ipkitten.blogspot.com/2023/10/guest-post-reciprocity-in-copyright-law.html>

- USM/konektra

Foto: BGH GRUR 2024, 132

EuGH vbRS C-580/23 u C-795/23 Mio/Asplund und USM/konektra

Kein strengerer Maßstab für Werke der angewandten Kunst (Industrial Design)

- Keine erhöhten Originalitätsanforderungen bei Werken der angewandten Kunst
- Parallelität von Designschutz und Urheberrecht [vgl EuGH C-227/23 – Kwantum/Vitra]
 - Rz 56: „kein Regel-Ausnahme-Verhältnis“
 - Klare Trennung bei der Beurteilung der Voraussetzungen für Designschutz und Urheberrecht [Rz 54]
- Einheitlicher **unionsrechtlicher Werkbegriff** [Rz 46 ff] ist allein maßgeblich
Ein Gegenstand ist urheberrechtlich als Werk geschützt, wenn:
 - er die **Persönlichkeit seines Urhebers widerspiegelt** und
 - **freie und kreative Entscheidungen** des Urhebers **zum Ausdruck bringt**.
 - **Ausnahme** bei Sachzwängen und wenn Entscheidung zwar frei, aber dem Objekt keinen individuell-persönlich geprägten Ausdruck verleihen

EuGH vbRS C-580/23 u C-795/23 Mio/Asplund und USM/konektra

Bedeutung des Schaffensprozesses und der Absichten des Urhebers

- Der Schaffensprozess und die **Absichten des Urhebers** dürfen **berücksichtigt werden**,
- aber nur insoweit, als sie **im Gegenstand selbst Ausdruck gefunden** haben.
- **Die Originalitätsprüfung darf nicht „maßgeblich“ [Rz 75] auf subjektive Vorstellungen des Schöpfers gestützt werden.**
 - Rz 74: „**Die Absichten des Urhebers sind aber dem Bereich der Ideen zuzuordnen. Sie können daher nur geschützt werden, soweit der Urheber sie im betreffenden Werk zum Ausdruck gebracht hat.**“

EuGH vbRS C-580/23 u C-795/23 Mio/Asplund und USM/konektra

Bedeutung „anderer Aspekte“

- Für die Schutzfähigkeit weder erforderlich noch ausschlaggebend sind:
 - die Inspiration durch bestehende Formen,
 - die Nutzung des vorhandenen Formenschatzes,
 - die bloße Anerkennung in Museen, Ausstellungen oder durch Fachkreise,
 - die bloße Wahrscheinlichkeit einer unabhängigen ähnlichen Schöpfung.
- **Ein bloß ästhetischer oder künstlerischer Effekt genügt nicht.**
 - **Dass ein Objekt eine „ästhetisch oder künstlerisch markanten visuellen Effekt“ [Rz 68] erzielt, ersetzt nicht den Nachweis urheberrechtlicher Originalität.**

EuGH vbRS C-580/23 u C-795/23 Mio/Asplund und USM/konektra

Schutzumfang und Eingriff

- Hat ein Gegenstand Werkqualität, genießt er den **vollen urheberrechtlichen Schutz**.
Schutzumfang hängt nicht von Gestaltungshöhe ab. [Rz 88]
- Rechtsverletzung, wenn
 - **kreative Elemente** (auch „vergleichsweise kleine[...] Teil[e] des Werks“) des **geschützten Werks**
 - **wiedererkennbar** in den beanstandeten Gegenstand übernommen wurden.
- ABER: Ob beide Gegenstände denselben **Gesamteindruck** hervorrufen, ist urheberrechtlich irrelevant [Rz 87] → **Konsequenz für urheberrechtliche Prüfung?**
 - Abgrenzung zum Designschutz: Übernahme konkreter schöpferischer Elemente
- **Doppelschöpfung (Parallelschöpfung)** kann zu Schutz führen und Verletzung ausschließen; **Kreativität bei Werken der angewandten Kunst aus technischen Gründen begrenzt** [Rz 91]

AG München 13.02.2026, 142 C 9786/25

- 1. Ob durch Künstliche Intelligenz generierte Erzeugnisse **Werkcharakter** i.S.d. § 2 Abs. 2 UrhG haben, hängt davon ab, **inwieweit trotz des softwaregesteuerten Prozessablaufs noch menschlicher schöpferischer Einfluss ausgeübt** wird.
- 2. Ein urheberrechtlicher Schutz ist daher **denkbar** infolge **menschlichen Eingriffs in KI-Ergebnisse**, der auch **nachträglich** bzw. **sukzessive während des Promptings** stattfinden kann und der dazu führt, dass sich im **Output** auch gerade die **Persönlichkeit** des Promptenden widerspiegelt.
- 3. Der **menschliche Einfluss** muss den resultierenden **Output jedoch hinreichend objektiv und eindeutig identifizierbar prägen**. Dies ist jedenfalls, aber auch erst dann der Fall, wenn die im Prompting eingeflossenen kreativen Elemente den Output derart dominieren, dass der Gegenstand insgesamt als eigene originelle Schöpfung seines Urhebers angesehen werden kann.

BGH I ZR 157/21 – Action Replay II (EuGH C-159/23 – Sony v Datel)

- **Sachverhalt**

- Sony wirft Datel vor, mit Zusatzsoftware („Action Replay PSP“ und „Tilt FX“-Gerät) unzulässige Umarbeitungen ihrer geschützten Videospielsoftware („MotorStorm: Arctic Edge“) zu ermöglichen.
- Datels Software verändert dabei nicht den Quell- oder Objektcode, sondern ausschließlich den **Inhalt variabler Daten im Arbeitsspeicher** der Spielkonsole.

BGH I ZR 157/21 – Action Replay II (EuGH C-159/23 – Sony v Datel)

Kernaussagen:

- **Kein Eingriff in das geschützte Computerprogramm**
 - Cheat-Software, die weder Quell- noch Objektcode des Spiels verändert, verletzt das Computerprogrammurheberrecht nicht
 - Veränderungen von Variablen im Arbeitsspeicher ist unschädlich
- **Keine „Umarbeitung“ iSd § 69c Nr 2 dUrhG**
 - Geschützt sind Quell- und Objektcode als Ausdrucksform des Computerprogramms, nicht aber bloße Datenzustände
- **Trotz Manipulation programmgemäßer Ablauf**
 - Spiel läuft „wie programmiert“, auch wenn Parameter neu gesetzt werden
- **Lösungsweg UWG? Denkbar, im vorliegenden Fall aber kein Behinderungswettbewerb**

BGH I ZR 131/23 – *Werbeblocker IV*

Sachverhalt:

- KI = Verlagshaus und betreibt mehrere Online-Portale
- Bekl (zu 1) = vertreibt das Browser-Plugin A B Plus (Werbeblocker)
- Der Werbeblocker unterdrückt Werbeanzeigen auf den Webseiten der Klägerin durch zwei Mechanismen:
 - Variante 1: Werbeinhalte werden gar nicht erst vom Werbeserver geladen
 - Variante 2 („Element Hiding“): Werbeelemente werden zwar geladen, aber nicht angezeigt
- **Technisch greift der Werbeblocker in die vom Browser erzeugten Datenstrukturen ein, insbesondere: DOM-Knotenbaum, CSS-Strukturen / CSSOM, Render Tree.**
- Im Jahr 2016 führte ein fehlerhafter Blacklist-Eintrag dazu, dass auf c b .de nicht nur Werbung, sondern auch redaktionelle Inhalte unterdrückt wurden.

BGH I ZR 131/23 – *Werbeblocker IV*

Kernproblem

- Ist **Webseitenprogrammierung als Computerprogramm** urheberrechtlich geschützt?
 - Offene Frage, BGH verweist zur Klärung zurück an Instanzgericht
 - Präzise technische und rechtliche Bestimmung des Schutzgegenstands erforderlich
- **Beeinflusst Werbeblocker bloß den Programmlauf oder erfolgt Eingriff in den geschützten Code?**
 - BGH Action Replay-Fall einschlägig?

BGH I ZR 131/23 – Werbeblocker IV

- „Das Berufungsgericht hat **„die HTML-Datei“** der Webseitenbetreiber als den **möglicherweise als Computerprogramm** geschützten Gegenstand angesehen. Es hat angenommen, dass die HTML-Datei direkt darstellbare Elemente (z. B. Text), aber auch Verweise auf externe Speicherorte enthalte und Java-Scripte unmittelbar im HTML-Dokument eingebunden seien. Ferner seien Formatierungsinformationen des Webseitenbetreibers teilweise in die HTML-Datei eingebunden und teilweise in einer separaten Datei enthalten. Die seitens der Klägerin übermittelten Dateien (u. a. HTML-Dokumente) würden durch den Werbeblocker der Beklagten nicht geändert. Dieser habe zwar Auswirkungen auf die Datenstrukturen, die vom Browser erzeugt würden. Einzelne Programmbefehle der Klägerin würden blockiert oder überschrieben. In der Variante des Blockierens von Inhalten durch Ausblenden von Elementen verändere der Werbeblocker auch aktiv und direkt Code einer Webseite im Browser eines Nutzers. Dabei bleibe aber die Substanz der Software der Klägerin unberührt, weil es um die reine Programmausführung gehe. In der Variante des **„Element Hiding“** wiesen die Datenstrukturen (CSSOM beziehungsweise style context und damit auch der Render Tree) infolge des Einsatzes des Werbeblockers der Beklagten **„neuen“ Code** auf. **Dabei bedeute „neu“, dass die Datenstrukturen mit eingeschaltetem Werbeblocker anders aussähen als mit ausgeschaltetem Werbeblocker.“**

BGH I ZR 131/23 – Werbeblocker IV

- Wann liegt Computerprogramm vor?
- Gibt es ein „Webseitenprogramm“?
 - Liegt Code vor (oder wird Bytecode erzeugt), der schutzfähig ist?
 - **„Codes [...] als buchstäblicher Ausdruck des Computerprogramms im Sinne einer Folge von Befehlen [...], nach denen der Computer die vom Urheber des Programms vorgesehenen Aufgaben ausführen soll.“**
- Werbeblocker-Einsatz: abändernde Vervielfältigung oder eine Umarbeitung?
- Konsens erforderlich oder freie Werknutzung (gemäß § 69d Abs. 1 dUrhG, § 44a dUrhG) anwendbar?

BGH I ZR 131/23 – *Werbeblocker IV*

Bewertung / Ausblick

- OLG hat den Schutzgegenstand nicht klar und widerspruchsfrei eingegrenzt; daher Rückverweisung
- OLG hat die technische Dynamik moderner Webanwendungen verkannt:
 - DOM, CSSOM und browserseitig erzeugte Strukturen könnten mehr als bloße Anzeigehilfen sein.
- Allerdings führt ein ausuferndes Verständnis des Programmbegriffs (dynamische Datenstrukturen beim Browsing) zu Problemen, weil damit weitere (legitime) clientseitige Tools (zB Übersetzer, Lesehilfen etc) urheberrechtlich problematisch werden könnten.

2



Verwertungsrechte

1. OGH 4 Ob 132/24a – *LED Beleuchtung * Bar Wien*
2. OGH 4 Ob 166/25b – *Skulpturen*
3. LG Düsseldorf, 14c O 64/25 – *Gitarren*
4. OGH 4 Ob 3/25g – *Gemeinschaftsantennenanlagen*

Zuständigkeit

Anwendbares Recht

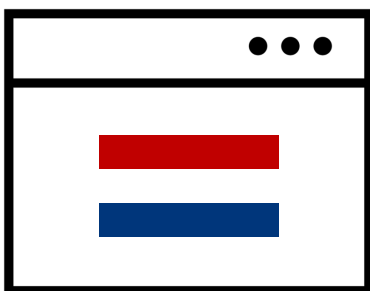
- Schutzlandprinzip

Verletzung des anwendbaren Rechts

- Sachrecht → Territorialitätsprinzip

Kognitionsbefugnis

OGH 4 Ob 132/24a



- Unternehmen in NL
- Keine Warenlieferung nach Ö
- Website: .nl, niederländische Sprache, keine Abrufe aus Ö festgestellt

§ 18a (1) UrhG
Der Urheber hat das ausschließliche Recht, das Werk der Öffentlichkeit drahtgebunden oder drahtlos in einer Weise **zur Verfügung zu stellen**, dass es Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl **zugänglich ist**.



- Das Vorliegen einer Markenverletzung durch Werbung im Internet setzt einen **über die bloße Abrufbarkeit** einer Website **hinausgehenden Inlandsbezug** voraus. (RIS-Justiz [RS0127999](#))
- „commercial effect“

Deutschland

- **BGH I ZR 50/24, Produktfotografien**
 - **Vorschaubilder** in Google-Suche → Links führten zu Website mit **Top-Level-Domains** von **Kasachstan** und **Ukraine**
 - **§ 19a dUrhG: hinreichender Inlandsbezug, bloße Abrufbarkeit nicht ausreichend**
 - **geringe Auswirkungen der Bilder auf inländische Interessen der KI**
 - unterlassenes Geo-Blocking unerheblich
 - Kein Widerspruch zu BGH *An Evening with Marlene Dietrich*
 - Zuständigkeit: Erfolgsort im Inland (Abrufbarkeit) vs Verletzung?
- **Nun auch OLG Köln 14.11.2025, 6 U 96/24**
 - „Schweizer“ Website (.ch, .com) in (schweizer-)deutscher Sprache → Keine Verletzung dUrhG

- **Übertragung der markenrechtlichen Grundsätze** auf Verletzungen des österreichischen UrhG „**nicht** [...] **sachgerecht**“
 - Unterschiede zwischen Markenrecht – Urheberrecht
 - Abrufbarkeit ausreichend
- **„Ob – wie vom Kläger vertreten – schon *allein die Abrufbarkeit der Website in Österreich ohne jeden weiteren Anknüpfungspunkt ausreichen würde*, um eine Verletzung des österreichischen Zurverfügungstellungsrechts nach § 18a UrhG zu bejahen, kann hier dahinstehen**. Im vorliegenden Fall liegen nämlich **ohnehin weitere Berührungspunkte** vor“
- Beeinträchtigung der VerwertungsR am Schwerpunkt der berufl Tätigkeit (Ö)
- Einräumung von Werknutzungsrechten
- Fehlen der Herstellerbezeichnung → keine Anerkennung und Aufmerksamkeit

- **Unterlassungsbegehren besteht zu Recht**
 - Geltendmachung hier nur für Ö
- **Finanzielle Ansprüche** → Zurückverweisung
 - Kognitionsbefugnis nur für Abrufbarkeit der NL Website in Ö
 - „Bildhonorare“ → auf Ö ausgerichtete Website, daher nicht ohne Weiteres maßgeblich

OGH 4 Ob 132/24a: Würdigung

siehe *Homar*, ecolex 2025, 739

- **Beurteilung** jedenfalls **vertretbar**, mE auch **überzeugend**
- **Übertragbarkeit auf das Urheberrecht gegeben**
 - Urheberpersönlichkeitsrechte (Größenschluss)
- **Offengelassen**, ob die **bloße Abrufbarkeit stets ausreicht**, aber „weitere Berührungspunkte“ sehr weit gefasst

OGH 4 Ob 132/24a: Ausblick

- **EuGH C-788/24, Anne Frank Fonds**
 - SA GA Athanasios Rantos vom 15.1.2026: Art 3 Info-RL →
 - **verlangt nicht**, dass die Veröffentlichung eines Werks auf einer Internetseite **an die Öffentlichkeit des betreffenden Landes gerichtet sein muss**, um als **Handlung der öffentlichen Wiedergabe in diesem Land** eingestuft zu werden;
 - **keine „öffentliche Wiedergabe“** in einem Land, in dem diese Internetseite einer **wirksamen geografischen Zugangssperre** (geo blocking) sowie ggf weiteren, nichttechnischen Maßnahmen unterliegt, die den Zugang einschränken oder erschweren sollen, die geografische Zugangssperre ergänzen und im gesperrten Land eine **abschreckende Wirkung** haben.
 - Zu berücksichtigen insb Umgehungsmöglichkeit durch (VPN)
 - **Wenn Umgehungsmöglichkeit → öffentliche Wiedergabe → dann aber keine Haftung des Anbieters von VPN-** oder ähnlichen Diensten für Handlungen eines VPN-Nutzers, es sei denn, der Anbieter fordert aktiv zu einer solchen rechtswidrigen Nutzung auf

- **Figuren des KI haben Werkcharakter**

- insb stark stilisierte Körperhaltung, überproportionale Kopfform, überzeichnete Mimik, übertriebenes Lächeln
- Nicht schutzfähig: Position von Armen und Beinen, Einfarbigkeit, Neigung nach vorne, stilisierte Darstellung der Kleidung, Darstellung einer sich verbeugenden, menschlichen Figur „an sich“

- **Kein Eingriff in das Urheberrecht bescheinigt (Bearbeitung)**

- Ähnlicher Gesamteindruck der Figuren nicht ausreichend, Gegenüberstellung der eigentümlichen Elemente erforderlich
- Unterschiede: Kopfform, Mimik, Statuen des Bekl → schlankere Figur, weniger Vorneigung und Rundrücken

„Es ist nicht Sache der Gerichte, ohne ausreichendes verbales Vorbringen aus einer Vielzahl von Lichtbildern die für den Urheber jeweils günstigen Fotos und daraus wiederum die konkreten Gestaltungsmittel herauszusuchen.“

LG Düsseldorf, 14c O 64/25



geschützt



verletzt

Foto: LG Düsseldorf, 14c O 64/25

OGH 4 Ob 3/25g Gemeinschaftsantennenanlagen

- **Sachverhalt:**
 - KI = AKM
 - Bekl = Wohnbaugenossenschaft
- Empfang von Rundfunksignalen über Satelliten
 - Programme werden zentral empfangen und in Wohnungen weitergeleitet
- Bekl betreibt Gemeinschaftsantennenanlagen in über 133 Wohnhausanlagen
- Weiterleitung über Kabelinfrastruktur in Wohnungen
 - mehr als 10.000 Anschlüsse

OGH 4 Ob 3/25g Gemeinschaftsantennenanlagen

- **Sachverhalt:**
 - Bewohner dürfen keine eigenen SAT-Schüsseln montieren
 - Bewohner sind normale Mieter mit Haupt- oder Zweitwohnsitz
 - keine Kurzzeitvermietung (zB touristische Nutzung)
- Stufenklage: Rechnungslegung -> Werknutzungsentgelte
 - KI: Kabelweiterleitung stelle **vergütungspflichtige Weiterverwertung** dar
- Klage abgewiesen / Revision zurückgewiesen

Exkurs: EuGH C-135/23, GEMA/GL

- **Öffentliche Wiedergabe** iSd Art 3 Info-RL, „wenn der **Betreiber** eines Hauses mit **Mietapartments mit Absicht** mit einer **Zimmerantenne** ausgestattete **Fernsehgeräte**, die ohne weiteres Tätigwerden Signale empfangen und die Übertragung von Sendungen ermöglichen, zur Verfügung stellt, sofern die Mieter dieser Apartments als „neues Publikum“ angesehen werden können“

ABER:

- Mieter als **Öffentlichkeit**?
 - ja, wenn **Kurzzeitvermietung** (Touristen) → unbestimmte Zahl
- Mieter als **neues Publikum**?
 - Ja: **kurzzeitige Vermietungen** (Touristen), können sonst nicht wahrnehmen
 - Nein: Mieter (Wohnsitz)

OGH 4 Ob 3/25g Gemeinschaftsantennenanlagen

Kernaussagen:

- Auseinandersetzung mit **EuGH C-135/23 GEMA/GL**
 - Mieter in Wohnanlagen
 - haben Haupt- oder Zweitwohnsitz
 - empfangen Programme im privaten Kreis
 - zählen zu jenem Publikum, welches Rechteinhaber bereits bei der ursprünglichen Sendelizenz berücksichtigen.

→ **kein neues Publikum**

OGH 4 Ob 3/25g Gemeinschaftsantennenanlagen

Kernaussagen:

- Auseinandersetzung mit **EuGH C-135/23 GEMA/GL**
 - Mieter in Wohnanlagen
 - haben Haupt- oder Zweitwohnsitz
 - empfangen Programme im privaten Kreis
 - zählen zu jenem Publikum, welches Rechteinhaber bereits bei der ursprünglichen Sendelizenz berücksichtigen.
→ **kein neues Publikum**
- Tätigkeit der Bekl
 - Ersatz für individuelle Empfangsanlagen der Mieter
 - Keine zusätzlichen Empfangsmöglichkeiten
→ **bloße Bereitstellung technischer Einrichtungen**

OGH 4 Ob 3/25g Gemeinschaftsantennenanlagen

Kernaussagen:

- **Technologiewechsel Satellit > Kabel**
 - funktional Äquivalent zum Empfang über private SAT-Anlage
 - EuGH betont Technologieneutralität
→ **kein relevantes neues technisches Verfahren**
- Tätigkeit der Bekl
 - Ersatz für individuelle Empfangsanlagen der Mieter
 - Keine zusätzlichen Empfangsmöglichkeiten
→ **bloße Bereitstellung technischer Einrichtungen**

OGH 4 Ob 3/25g Gemeinschaftsantennenanlagen

- Kritische Bewertung:
 - **Abgrenzung zu „traditionellen“ Kabelbetreibern unklar, iE unbefriedigend**
 - **Wirtschaftliche Dimension** wird im Urteil vollkommen unterschätzt
 - Orientierungsrahmen (500er-Grenze) des § 17 Abs 3 mit UrhG-Nov 2021 weggefallen [Siehe dazu EuGH C-138/16 – AKM/Zürs Nef]
 - Einmal mehr: „**neues Publikum**“ und „**anderes technisches Verfahren**“ als problematische Merkmale der öffentlichen Wiedergabe bei Anschlussnutzungen
- Abzuwarten bleibt: EuGH C-127/24 - *Seniorenresidenz*

2



Urheberschaft

1. EuGH C-182/24 – *RB et al / SACD et al*

EuGH C-182/24 – *RB et al / SACD et al*

Sachverhalt und Problematik

- **Streit über Verwertung von 17 Filmen des Regisseurs Claude Chabrol** zwischen Erben der Urheber und mehreren Gesellschaften sowie Personen, die aus älteren Verträgen Verwertungsrechte hielten
- Nach französischem Recht zum **Gemeinschaftswerk** müssen Miturheber ihre Rechte **einvernehmlich** ausüben.
- Nach der französischen Rechtsprechung ist eine Klage eines Miturhebers **unzulässig**, wenn der Streit **nicht allen Miturhebern oder deren Rechtsnachfolgern** verkündet wurde.
- **Problem im Anlassfall:**
 - Die Filme waren alt.
 - Zahlreiche Miturheber waren bereits verstorben.
 - Viele Erben konnten trotz erheblicher Nachforschungen **nicht identifiziert oder nicht ausfindig gemacht** werden.

Exkurs: Œuvre de collaboration / Œuvre collective

1. Œuvre de collaboration (Art 113-3 CPI)

- Gemeinschaftswerk mehrerer Urheber
- gemeinsame Rechtsinhaberschaft
- gemeinsame Ausübung der Rechte
 - Fehlender Konsens kann gerichtlich ersetzt werden
- Separate Verwertung eigener Teile durch Miturheber möglich!

2. Œuvre collective (Art 113-5 CPI)

- Werk, das unter Leitung einer natürlichen oder juristischen Person geschaffen und unter deren Namen veröffentlicht wird
- Rechtezuordnung stärker auf die koordinierende Person hin orientiert

EuGH C-182/24 – RB et al / SACD et al

Kernaussagen

- **Eine nationale Regelung, die die Streitverkündung an alle Mitinhaber verlangt, ist nicht per se unionsrechtswidrig.**
- Aber:
 - Ihre Auslegung und Anwendung dürfen das Verfahren „**nicht unnötig kompliziert oder kostspielig**“ machen. [Rz 50 / 61]
 - Die Regelung darf die Klage durch einen oder mehrere Miturheber nicht unmöglich machen oder übermäßig erschweren. [Rz 59 / 61]

EuGH C-182/24 – RB et al / SACD et al

1. Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten [Rz 47 ff]

- **Prozessuale Modalitäten** liegen im Gestaltungsspielraum der Mitgliedsstaaten
- Das gilt auch für die **Mitinhaberschaft** an Urheberrechten.

2. Grenzen der Verfahrensautonomie [Rz 59]

- nationale Regeln müssen den **Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz** wahren
- unionsrechtliche Rechte dürfen nicht **praktisch unmöglich** oder **übermäßig erschwert** werden.

3. Grundrechtlicher Maßstab (Art 17, 47 GRC)

- **Die Durchsetzung des Urheberrechts darf nicht an prozessualen Anforderungen scheitern, die faktisch unerfüllbar sind.**

EuGH C-182/24 – RB et al / SACD et al

- Rz 69 „In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass, wenn ein Gegenstand, der als „Werk“ im Sinne der Richtlinie 2001/29 eingestuft werden kann, er in dieser Eigenschaft gemäß dieser Richtlinie urheberrechtlich geschützt werden muss, wobei die Richtlinie im Übrigen keine Bedingung hinsichtlich der Anzahl der Miturheber eines solchen Werks vorsieht.“
- Rz 70 “Daraus folgt, dass, wenn mehrere Personen **gemeinsam ein Recht** des geistigen Eigentums – wie das Urheberrecht – an demselben Werk innehaben, sie nach dem Unionsrecht **jeweils alle als berechtigt gelten**, dieses Recht des geistigen Eigentums **zu nutzen**, und sie insoweit **gleichermaßen geschützt** sind.“

EuGH C-182/24 – RB et al / SACD et al

- Rz 74 „**Zwar schützt eine Beschränkung wie die sich aus den Bestimmungen von Art. L. 113-3 des Gesetzbuchs über das geistige Eigentum ergebende die Rechte der abwesenden Mitinhaber**, indem sie ihnen ermöglicht, über ausreichende Informationen zu verfügen, um zu entscheiden, ob sie sich am Verfahren beteiligen wollen oder nicht, was insbesondere dazu beiträgt, **den Schutz des Eigentumsrechts dieser Mitinhaber im Sinne von Art. 17 der Charta zu gewährleisten** und ihnen gegenüber das in Rn. 56 des vorliegenden Urteils genannte Ziel zu erreichen.“
- **Schlussfolgerungen für die Miturheberschaft in Österreich?**

3

Freie Werknutzungen

1. OGH 4 Ob 213/24p – *Blue Merle*
2. OGH 4 Ob 192/24z – *Wirtshausbriefe*
3. OLG Hamburg 10.12.2025 – *LA/ON*
4. LG München I 11.11.2025 – *GEMA/OpenAI*

OGH 4 Ob 213/24p – *Blue Merle*



• Sachverhalt

- KI = Tierärztin / Züchterin
- KI postet drei Inserate (Bild und Text) auf Online-Plattform zum Verkauf von Welpen
- Bekl übernahm Inserate (Bild und Text) in drei Social Media Postings mit jeweils kritischen Anmerkungen:
 - „Massenproduktion“ von Mischlingen,
 - problematische bzw „Qualzucht“,
 - mangelnden Tierschutz.

OGH 4 Ob 213/24p – *Blue Merle*

Kernaussagen zum Zitat (§ 42f Abs 1 UrhG)

- **Unwahre Tatsachenbehauptungen?**
 - Vgl OGH 4 Ob 13/23z, Vollspaltenböden; 4 Ob 37/22b, *Nie wieder Faschismus*; 4 Ob 3/21a, *Mittelfinger I*
 - Vorwurf einer „Qualzucht“?
 - OGH bestätigt **Zulässigkeit des Zitats**: Kein Vorwurf der Tierquälerei (§ 5 Abs 2 Z 1 TSchG), sondern Hinweis auf Gefahr gesundheitlicher Probleme dieser Welpen und Kritik an der Tätigkeit der KI
 - OLG Wien: „*gebotene Abwägung des Schutzinteresses der Klägerin mit dem Interesse der Beklagten an der Ausübung ihres durch Art 10 MRK garantierten Rechts auf freie Meinungsäußerung*“
- **Ausreichende Quellenangabe (§ 57 Abs 2 UrhG)?**
 - OLG: ausreichend deutliche Angabe der Quelle der Lichtbilder aufgrund der Wiedergabe der Inserate
 - OGH: keine gravierende Fehlbeurteilung

OGH 4 Ob 213/24p – *Blue Merle*

• Urteilsveröffentlichung (§ 85 UrhG)

- Berechtigtes Interesse?
- OLG Wien: eine **Veröffentlichung in der** von der KI **beantragten Form** – in der nur das Lichtbild ohne das Posting der Beklagten zu sehen wäre – würde die Öffentlichkeit **nur** auf die **unbefugte Veröffentlichung des Lichtbilds hinweisen, ohne konkret den Kontext darzulegen**, in dem die Verletzungshandlung passiert sei
- OGH: Vereinbar mit Rsp, s insb OGH 4 Ob 107/18s, Pkt 4.1. [krit Walter; G. Korn, MR 2018, 183]

„An der bloßen Information der Öffentlichkeit über die Widerrechtlichkeit der Veröffentlichung eines Lichtbilds besteht kein berechtigtes Interesse.“

Betreff: Wirtshausprämie und Panierquote Neu

Sehr geehrter Herr Wirt, Sehr geehrte Frau Wirtin,

Wie Sie vielleicht den Medien entnommen haben, hat die FPÖ für Niederösterreichs Gastronomiebetriebe eine Wirtshausprämie durchgesetzt. Davon profitieren all jene, die besonders heimatverbunden kochen.

Wieso wir uns dazu entschieden haben?

Parodie: Problem der Zuschreibung

- „Eine **Parodie**/Satire **setzt** nämlich **voraus**, dass der Leser, Hörer oder Betrachter auch **erkennt**, dass die **Parodie gerade nicht vom Urheber des parodierten Werks stammt**, sondern der Meinungs- und Äußerungsfreiheit des **Parodisten** entspringt“ (OGH 4 Ob 192/24z, Wirtshausbriefe)
- „Der Begriff ‚Parodie‘ [...] hängt **nicht** von den Voraussetzungen ab, [...] dass sie **vernünftigerweise einer anderen Person als dem Urheber des ursprünglichen Werkes zugeschrieben werden kann**, dass sie das ursprüngliche Werk selbst betrifft oder dass sie das parodierte Werk angibt.“ (EuGH C-201/13, Deckmyn)

DEUTSCHLAND: LAION (OLG HAMBURG 10.12.2025)

Rs LAION: Ausgangslage

- **Zulässigkeit des Downloads und der automatisierten Analyse eines im Internet abrufbaren Lichtbilds zwecks Erstellung eines KI-Trainingsdatensatzes**
 - Datenbank mit Bild-Text Paarungen
 - Bilder wurden für Paarung intern vervielfältigt, aber in der zugänglichen Datenbank nur verlinkt
- **Vervielfältigung durch die Schrankenregelung des Text- und Data-Mining (§§ 44b, 60d dUrHG) gedeckt oder unzulässige Nutzung iSv § 16 dUrHG?**

Rs LAION

- **LG Hamburg**
- **§ 44b dUrhG (Art 4 DSM-RL) → iE wohl nein**
 - grds TDM auch bei GenAI
 - rechtmäßige Zugänglichkeit (frei zugängliche Website)
 - **Aber: wohl wirksamer maschinenlesbarer Nutzungsvorbehalt**
- **Vervielfältigung ist von § 60d dUrhG (Art 3 DSM-RL) gedeckt**
 - Forschungszweck, ausreichend, wenn Arbeitsschritt auf späteren Erkenntnisgewinn gerichtet ist
 - Kostenfrei ins Internet gestellt
- **OLG Hamburg**
- **§ 44b dUrhG (Art 4 DSM-RL) gedeckt**
 - Analyse Bild/Bildinformationen = „TDM“
 - Vorbehalt durch Inhaber WNB iE wirksam
 - Maschinenlesbarkeit: Beweislast = Nutzer (Fehlen eines Vorbehalts), Rechteinhaber (Maschinenlesbarkeit)
 - KI hat Maschinenlesbarkeit nicht ausreichend dargelegt („Verständnis“ mit ChatGPT → Nutzung 2021)
- **Durch § 60d dUrhG (Art 3 DSM-RL) gedeckt**
 - wiss Forschung (Verifizierung des Common Crawl Datensatzes, Publikation), auch spätere KI-Entwicklung = angewandte wiss Forschung; Bekl = privilegierte Forschungsorganisation (sonstige Einrichtung)

Ergebnis: Keine Urheberrechtsverletzung



62

Anwendung des Drei-Stufen-Test

Art 5 Abs 5 InfoSoc-RL:

(1) Nur in bestimmten Sonderfällen: Die Nutzung dient dem spezifischen Analysezweck im Rahmen automatisierter Verfahren.

(2) Kein Konflikt mit der normalen Werkverwertung: Die systematische Analyse öffentlich zugänglicher Inhalte tritt nicht an die Stelle lizenzierter Bildnutzungen (Primärverwertung).

Interne Vervielfältigung für Bild/Text-Paarung -> Extern: Verlinkung auf Quelle

Folgehandlungen der Nutzung? -> GenAI

Abstrakte Substitutionseffekte sind unbeachtlich!

(3) Keine unzumutbare Beeinträchtigung der berechtigten Interessen:

- Allgemein: Durch die Einbindung eines Opt-out-Mechanismus behält der Urheber Kontrolle über die Nutzung.
- Wissenschaft: Wissenschaftlicher Zweck + interner Vorgang + nicht-kommerzielle Nutzung

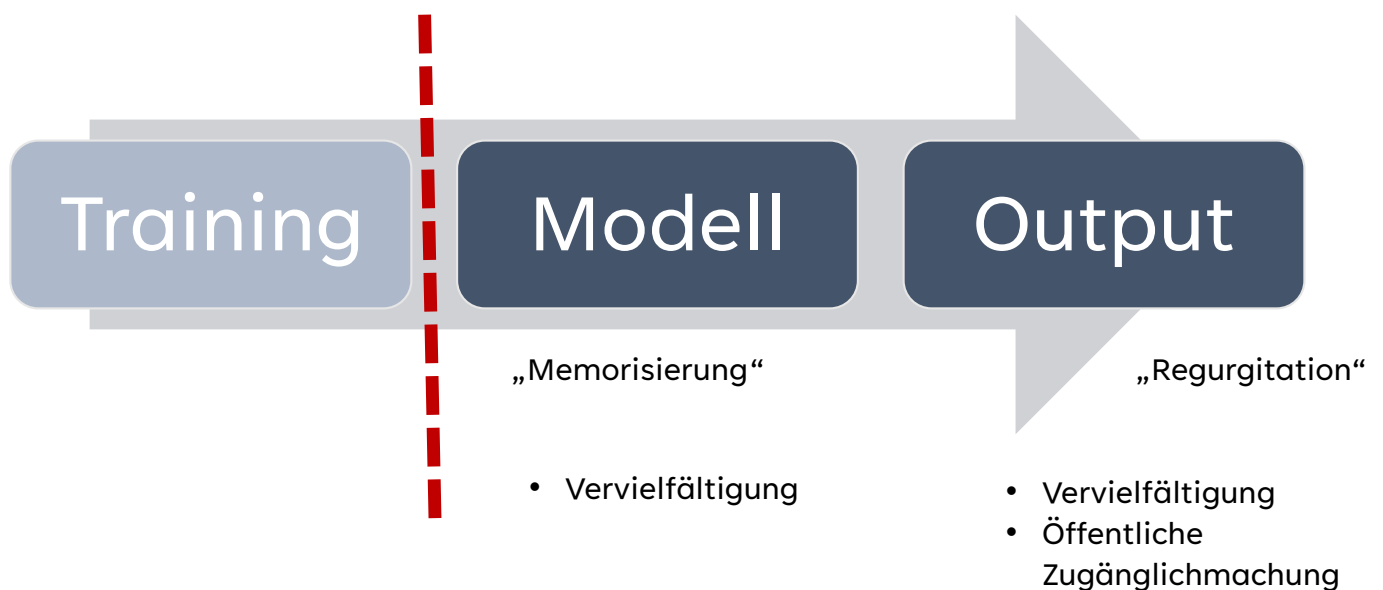
IE: Interessen der Bekl überwiegen.



68

DEUTSCHLAND: GEMA/OPENAI (LG MÜNCHEN | 11.11.2025)

LG München *GEMA/OpenAI*



LG München GEMA/OpenAI

„Memorisierung“ im Modell = Vervielfältigung

- Parameter des Modells + einfacher Prompt = Reproduktion
- **Kein TDM**
 - grds anwendbar (auch KI), aber beschränkt
 - **Extraktion von Informationen bei Vorbereitung (?) des Trainings vs „Memorisierung“ im Modell**
 - Keine schlichte Einwilligung
- Verantwortlichkeit der Beklagten

Sollte eine Memorisierung der Trainingsdaten nach dem Stand der Technik **nicht verhinderbar sein**, ist ein Training von Modellen mit urheberrechtlich geschützten Trainingsdaten nicht von der TDM-Schranke gedeckt (Rz 209)

LG München GEMA/OpenAI

Output (Regurgitation) = Vervielfältigung + öffentliche Zugänglichmachung

- Keine Doppelschöpfung (Reproduktion nach einfachen Prompts)
- Wiedererkennbarkeit schöpferischer Elemente
- **Betreiber = Hersteller der Vervielfältigung** (Arbeitsspeicher der Nutzer, Chat-Historie)
 - Einfache Prompts, keine „Provokation“ (keine Vorgabe des Inhalts)
 - Vergleich Internet-Recorder?
- **Betreiber = unmittelbare Begehung der öffentlichen Zugänglichmachung**
 - Einfache Prompts
 - Tatherrschaft
- **Keine Ausnahmen**
 - Zitat: keine geistige Auseinandersetzung durch KI

4

Vergütungsansprüche

1. EuGH C-822/24 – *bluechip/ZPÜ*
2. OGH 4 Ob 15/25x – *Austro-Mechana/Strato*

Der Hintergrund

- **Art 5 (2) (b) Info-RL**
 - MS dürfen **Ausnahme für Privatkopien** („Vervielfältigungen auf beliebigen Trägern“) umsetzen
 - Bedingung: Wenn umgesetzt → **gerechter Ausgleich** für Rechteinhaber
 - Ergebnispflicht

- **Problem:** Einhebung der Privatkopievergütung bei Lieferung von an **gewerbliche Endabnehmer**
 - Privatkopien nicht auszuschließen: dual use, Weiterverkauf
- De lege lata (Deutschland): **Zahlungspflicht**, **außer Nachweis** einer eindeutig anderen Verwendung
 - \triangleq widerlegliche Vermutung
- **≠ OGH 4 Ob 62/16w:** **keine Zahlungspflicht** bei **Lieferung an Endnutzer** (insb jP, nat Personen für komm Zwecke), die **offenkundig nicht** zur Leistung eines gerechten Ausgleichs verpflichtet sind
 - Entfall **ohne Nachweis**
 - Aber Freistellung iSd § 42b (7) UrhG → antragsbedürftig?

*„Mit seiner Frage möchte das vorlegende Gericht im Wesentlichen wissen, ob Art. 5 Abs. 2 Buchst. b der Richtlinie 2001/29 dahin auszulegen ist, dass er einer **nationalen Regelung entgegensteht**, nach der **Hersteller, Importeure und Händler von Speichermedien**, die zur Vervielfältigung benutzt werden können, den in dieser Bestimmung vorgesehenen **gerechten Ausgleich** im Fall des Verkaufs dieser Speichermedien an **gewerbliche Endabnehmer zahlen müssen, es sei denn**, die Hersteller, Importeure oder Händler **weisen nach**, dass eine Nutzung der Speichermedien durch natürliche Personen für Vervielfältigungen zum privaten Gebrauch und weder für direkte noch indirekte kommerzielle Zwecke **entweder nicht erfolgen wird oder nur in einem Umfang erfolgen wird**, bei dem davon auszugehen ist, dass den Rechtsinhabern nur ein **geringfügiger Nachteil** entsteht“.*

„Es ist jedoch keineswegs erforderlich, dass [Privatpersonen] tatsächlich Vervielfältigungen zu privaten Zwecken anfertigen, da bei ihnen rechtmäßig vermutet wird, dass sie die Überlassung der Vervielfältigungsanlagen, -geräte und -träger vollständig ausschöpfen, die wegen der Eignung dieser Anlagen, Geräte und Träger zur Anfertigung von Vervielfältigungen ausreicht, um die Anwendung des zugunsten der Rechtsinhaber vorgesehenen gerechten Ausgleichs zu rechtfertigen.“

„Es ist jedoch keineswegs erforderlich, dass [Privatpersonen] tatsächlich Vervielfältigungen zu privaten Zwecken anfertigen, da bei ihnen **rechtmäßig vermutet** wird, dass sie **die Überlassung** der Vervielfältigungsanlagen, -geräte und -träger **vollständig ausschöpfen, die wegen der Eignung** dieser Anlagen, Geräte und Träger zur Anfertigung von Vervielfältigungen **ausreicht, um die Anwendung** des zugunsten der Rechtsinhaber vorgesehenen **gerechten Ausgleichs zu rechtfertigen.**“

(Un-)Widerlegbar?

dass sie **die überlassenen** Vervielfältigungsgeräte, -vorrichtungen und -medien **in vollem Umfang nutzen und daher die Eignung** dieser Geräte, Vorrichtungen und Medien, Vervielfältigungen anzufertigen, **ausreicht**, um die Anwendung des zugunsten der Rechtsinhaber vorgesehenen gerechten Ausgleichs zu rechtfertigen

EuGH C-822/24, *bluechip/ZPÜ* (Rz 25 ff)

Bezug zum **Schaden**

Ergebnispflicht

Weites Ermessen (insb Schuldner, Form, Einzelheiten, Höhe), Berücksichtigung besonderer Umstände + „etwaigen“ Schaden

Privater Endnutzer = praktische Schwierigkeiten → Zulässigkeit der Zahlung durch Hersteller, Importeure, Händler

MS können Befreiung vorsehen, wenn nur geringfügiger Nachteil

- **Unterschiedslose Erhebung zulässig**, auch wenn endgültige Nutzung nicht vergütungspflichtig
- **Einpreisung**
- **Widerlegbare Vermutung** der Überlassung an natürlichen Personen zum privaten Gebrauch
- **Überlassung an Privatpersonen = rechtmäßige Vermutung**
- Aber: Befreiungsregelung **oder** Erstattungsanspruch, wenn Ausgleich nicht geschuldet wird (ua Lieferung an anderen als natürlichen Pers zu eindeutig anderen Zwecken)
- Wirksamkeit des Erstattungsanspruchs

EuGH C-822/24, *bluechip/ZPÜ* (Rz 35)

- Zahlung bei Inverkehrbringen an **gewerbliche Endabnehmer** (jP/nP) ist nur zulässig, wenn **zwei kumulative Voraussetzungen** erfüllt sind:
- 1) **Rechtfertigung** durch **praktische Schwierigkeiten** (zB Schwierigkeiten bei Identifizierung der Endnutzer und der Ermittlung des Zwecks des Gebrauchs)
- 2) **Endnutzer** → **Befreiung oder Erstattungsanspruch** (Wirksamkeit!), wenn **erwiesen** ist, dass sie diese Speichermedien zu **eindeutig anderen Zwecken** nutzen oder den Rechtsinhabern jedenfalls nur einen **geringfügigen Nachteil** zufügen

- Nach alledem ist auf die Vorlagefrage zu antworten, dass Art. 5 Abs. 2 Buchst. b der Richtlinie 2001/29 dahin auszulegen ist, dass er
- einer nationalen Regelung **nicht entgegensteht**,
- nach der **Hersteller, Importeure und Händler** von Speichermedien, die zur Vervielfältigung benutzt werden können, den in dieser Bestimmung vorgesehenen **gerechten Ausgleich** im Fall des **Verkaufs** dieser Speichermedien **an gewerbliche Endabnehmer zahlen müssen, es sei denn**, die Hersteller, Importeure oder Händler **weisen nach**, dass eine Nutzung der Speichermedien durch natürliche Personen für Vervielfältigungen zum privaten Gebrauch und weder für direkte noch indirekte kommerzielle Zwecke entweder **nicht erfolgen** wird oder nur in einem Umfang erfolgen wird, bei dem davon auszugehen ist, dass den Rechtsinhabern nur ein **geringfügiger Nachteil** entsteht.

SMV und Cloud: Was bisher geschah

- **Parteien**
 - Austro Mechana
 - Strato AG („Cloud Storage“)
- **Verfahrensgang**
 - **HG Wien** (43 Cg 29/19s) weist Klage ab (Speicherung als Dienstleistung)
 - **OLG Wien** legt zur Vorabentscheidung vor
 - **EuGH** C-433/20 – *Austro Mechana/Strato*
 - **OLG Wien** (33 R 50/20w): Aufhebung und Zurückverweisung
 - **HG Wien** gibt Rechnungslegungsbegehren statt
 - **OLG Wien** (33 R 86/24w) bestätigt
 - **OGH 4 Ob 15/25x**

Fischer, MR 2016, 326
Homar, ÖBl 2020, 52
Riesenhuber, MR 2020, 204
Walter, MR 2022, 87

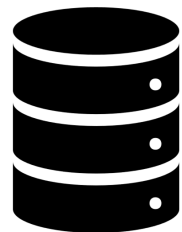
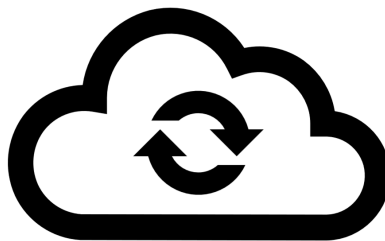
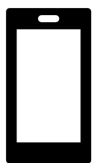
Albrecht/Tonninger, ecolex 2020, 39
Kehrer, ipCompetence 2017, 24
Zemann, ecolex 2022, 474

SMV und Cloud: Hintergrund

- **Art 42 (4) UrhG:** Privatkopieausnahme
- **§ 42b UrhG: Speichermedienvergütung**
 - (1) Urheber hat Anspruch, „wenn **Speichermedien** jeder Art, die für [Privatkopien] geeignet sind, **im Inland gewerbsmäßig in Verkehr kommen**“
 - (3) Z 1: Zur Zahlung ist verpflichtet, wer **Speichermedien** „von einer im **In-** oder im **Ausland** gelegenen Stelle aus als erster **gewerbsmäßig in Verkehr bringt**“

SMV und Cloud: Hintergrund

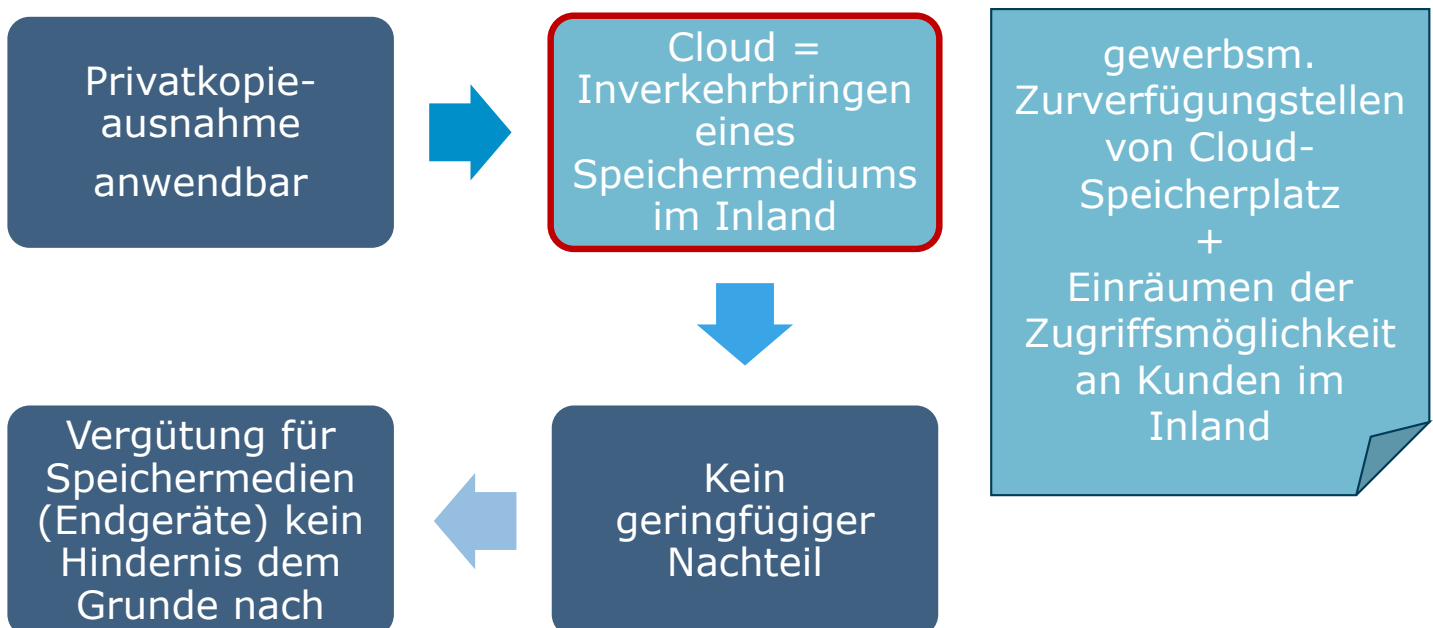
- **Bringt der Anbieter eines Cloud-Speichers im Inland ein Speichermedium in Verkehr?**



- „**Vervielfältigungen auf beliebigen Trägern**“ (Art 5 (2) (b) Info-RL) **umfasst** die Erstellung von Sicherungskopien urheberrechtlich geschützter Werke zu privaten Zwecken auf einem **Server**, auf dem der Anbieter von Cloud-Computing-Dienstleistungen einem Nutzer Speicherplatz zur Verfügung stellt
- Art 5 (2) (b) Info-RL steht einer nationalen Umsetzung, nach der die **Anbieter** von Dienstleistungen der Speicherung im Rahmen des Cloud-Computing **keinen gerechten Ausgleich** für [Privatkopien] **leisten müssen, nicht entgegen, sofern** diese Regelung die Zahlung eines **gerechten Ausgleichs** an die Rechtsinhaber vorsieht

- Privatkopieausnahme ist auf Kopien am Cloud-Server **anwendbar**
- Privatkopien in der Cloud sind zu **vergüten**
- Zahlungspflicht der Cloud-Anbieter ist **nicht erforderlich, sofern** Cloud-Kopien abgegolten werden
- Zahlungspflicht ist aber **nicht verboten**

OGH 4 Ob 15/25x: Logik



▪ Ergebnis

- **Derjenige**, der als erster **Kunden im Inland gewerbsmäßig Speicherplatz in einer Cloud** zur Verfügung stellt (egal ob Server im In-/Ausland) **hat SMV zu zahlen**

▪ Methodik

- RL-konforme Auslegung (keine Analogie!)
- Begriff des „Mediums“
- funktionale und wirtschaftliche Äquivalenz
- Technologieneutralität

▪ Bewertung

- Diskrepanz zu BGH I ZB 82/24
- Speichermedienvergütung vs Gerätevergütung
- Treffsicherste Form der Abgeltung der Kopierintensität in der Cloud (Schadensausgleich)

OGH 4 Ob 15/25x: Folgefragen

Siehe *Homar*, MR 2026 Heft 1

Anwendbarkeit der österr Privatkopieausnahme (Server = Ausland)

- mE implizit geklärt

Welche Nutzer? („im Inland“)

- Wohnsitz/gewöhnlicher Aufenthalt

Höhe der Vergütung

- „Schaden“ (EuGH), Hypothetisches Lizenzentgelt (BGH)
- Empirische Erhebungen

Art der Zahlung (einmalig, fortlaufend)

Problem (?) der mehrfachen Vergütung?

- Endgeräte mit integrierten Speichermedien (Inland)
- Server als physisches Speichermedium (Ausland)

- Art 8 (2) Vermiet- und Verleih-RL: Öffentliche Sendung und Wiedergabe
 - Zu Handelszwecken veröffentlichter **Tonträger** → **drahtlos übertragene Rundfunksendung** oder **öffentliche Wiedergabe** → Zahlung einer einzigen **angemessenen Vergütung** durch den Nutzer und **Aufteilung** dieser Vergütung auf ausübende Künstler und Tonträgerhersteller
- Art 16 (2) Uabs 2 VerwGes-RL
 - Rechtsinhaber erhalten eine **angemessene Vergütung** für die Nutzung ihrer Rechte.
 - Tarife für ausschließliche Rechte und Vergütungsansprüche stehen in einem **angemessenen Verhältnis** unter anderem zu dem wirtschaftlichen Wert der Nutzung der Rechte [...]
- Art 17 (2), Art 52 (1) GRC
- Rumänien: **Aufhebung** einer gesetzlich gewährleisteten **pauschalen Mindestvergütung**

- Nationale Vorschriften (Aufhebung der pauschalen Mindestvergütung) = **mit Unionsrecht vereinbar, sofern** sie eine **angemessene Vergütung** gewährleisten
- Lässt die Anwendung der nationalen Rechtsvorschriften die Festsetzung einer angemessenen Vergütung nicht zu, so können die **Bestimmungen dieser Richtlinien nicht herangezogen werden**, um diese **Rechtsvorschriften unangewendet zu lassen**, sofern das innerstaatliche Recht nichts anderes bestimmt

Urhebervertragsrecht

1. BGH I ZR 82/24 – *Portraitfoto*

BGH I ZR 82/24 – *Portraitfoto*



• Sachverhalt

- KI (= Fotograf) stellt Portraitfotos des Geschäftsführers der Bekl her. Pauschalhonorar 180 € (im Jahr 2011). Das Bild wurde ausschnittsweise von der Bekl auf Produktverpackungen für Nahrungsergänzung „millionenfach produktidentifizierend“ genutzt worden. Ua via Teleshopping.
- Bekl verlangte auf Basis §32d dUrhG Auskunft, Rechnungslegung und Vorlage von ua Lizenzverträgen (Vorbereitung Nachvergütungsanspruch)

• Zentrale Fragen

- Wann besteht ein Auskunftsanspruch zur Vorbereitung eines Anspruchs auf weitere angemessene Beteiligung?
- Wann ist ein Beitrag des Urhebers nur „nachrangig“ iSv § 32d Abs. 2 Nr. 1 UrhG?
- Welche Bedeutung hat ein Foto, wenn es signifikant werblich (insb auf Produktverpackungen) eingesetzt wird?
- Kann der Anspruch trotz allem verwirkt sein?

- **Ein Auskunftsanspruch zur Vorbereitung einer Nachvergütung nach § 32a UrhG setzt nicht voraus, dass der Hauptanspruch bereits feststeht.**
 - Anhaltspunkte für ein auffälliges Missverhältnis zwischen der ursprünglich vereinbarten Vergütung und den Erträgen oder Vorteilen aus der Nutzung genügen
 - Auffälliges Missverhältnis wurde bejaht (Vergütung 180 € vs signifikante kommerzielle Nutzung als Teil der Produktaufmachung und -werbung)
 - Wirtschaftlicher Wert für Bekl durch Marketingnutzung und ersparte Lizenzeinnahmen
- **Portraitfoto war keine bloß untergeordnete / nachrangige Leistung**
 - Signifikanter Einsatz des Fotos (Produktaufmachung und -werbung) mit starker Eignung zur Produktidentifizierung
 - Maßstab:
 - urheberrechtliche Gesichtspunkte, insb die Prägung des Gesamtwerks
 - ökonomische Gesichtspunkte, insb die Bedeutung des Beitrags für die Gesamtwertschöpfung
- **UU Verwirkung des Rechts erfolgt (Rückverweisung an Instanz)**

6



Rechtsdurchsetzung

1. OGH 4 Ob 142/24x – Sportverein

Kläger

Pay-TV-Anbieter, exklusive Lizenzen

Beklagter

Sportverein

Fußballübertragung in der Vereinskantine

10-15 Personen (Spieler + Familien)

Laptop mit privatem Abo → Übertragung auf Fernseher

„Talente-Scout“ (Kontrollor)

Passivlegitimation

Rechtsverletzer = unmittelbarer Täter	„Störer“ = von dem die Beeinträchtigung ausgeht und auf dessen maßgeblichen Willen sie beruht (→ tatbestandsmäßiges Handeln)
Mittäter, Anstifter, Gehilfen	Förderung oder Ermöglichung
Unternehmensinhaber	Haftung für Bedienstete + Beauftragte
Juristische Person	selbst unim Täter, Störer, Anstifter, Gehilfe → Zurechnung des Verhaltens der Organe + Repräsentanten
Mittelbarer Störer (Sachenrecht, § 1330 ABGB)	Möglichkeit der Steuerung/Verhinderung einer Störung (auf ihn zurückgehend, dient seinen Interessen, aber unim von Dritten begangen)

- **Ergebnis: Keine Haftung des beklagten Vereins**
- **Kein unumtätiger (Störer), Mittäter**
 - Unumtätiger = Vereinsmitglied → kein Vereinsorgan (Zurechnung)
 - Platzwart ist kein Repräsentant
- **Kein Anstifter, Gehilfe**
 - Keine Prüfpflicht verletzt
 - Prüfpflicht pro futuro?
- **Keine Haftung als Unternehmensinhaber (§§ 81, 88 UrhG)**
 - Unternehmen (wohl) ja
 - Hobby-Spieler (Vereinsmitglied ohne Agenden) kein Bediensteter oder Beauftragter
 - Platzwart?
- **Keine Haftung als mittelbarer Störer**
 - Keine wertungsmäßige Zurechnung der Störungshandlung